



Wenn wir nun die Kruppwerke und das Grubenunglück in engem Zusammenhang bringen, so nicht nur wegen des zeitlichen und örtlichen Zusammenfallens, sondern weil beide Vorgänge intensiv beleuchten, wie die bürgerliche Presse alles daran setzt, wirtschaftliche Erfolge der Initiative einzelner Personen anzudecken, Unglücksfälle, die sich nach unserer Ansicht, wenn auch nicht ganz vermeiden, so doch ein Minimum reduzieren ließen, einem unsichtbaren Verhängnis zuzuschreiben.

Schutzeinrichtungen, genügende Ventilation, regelmäßige Periode, kurze Arbeitszeit und angemessene Löhne, kosten viel Geld. Arbeiter gibt es in Hülle und Fülle, die kann man umsonst haben. Galizien, Polen sind fast unerschöpfliche Meeresvorräte dieser billigen Ware. Warum sich also in Unkosten stürzen?

Wer die Verhältnisse so kennt und sie demgemäß bewertet, den widert es an, jetzt die Weilerkundgebungen in den unternehmerdienerischen Blättern zu lesen. Sind sie es doch gewesen, die, als die Ruhrbergleute in diesem Jahre Forderungen stellten, diese als Anstich sozialdemokratischer Nachtgelüste in Mißkredit brachten.

Höhnend lehnten die Bergherren die winzigen Lohnforderungen der Ruhrbergleute ab, und als es zum Streik kam, da wälzte sich ein Heer von Soldaten, Gendarmen und Polizisten ins Revier, die teilweise hier wie im Feindesland hausten. Tote und unzählige Verwundete! Dann ging den Ruhrbergleuten durch Judasverrat ihrer Kameraden, die sich Christen nennen, der Streik verloren, die, nicht zufrieden damit, noch die Massenorganisationen organisierten, um viele Jahre Gefängnis über viele brave Arbeiter heraufzubehauen. Jetzt kommen noch die Massenunfälle hinzu, in einer Zeit, wo riesige Goldströme sich in die Geldschänke der Banken ergießen. Auf den Gruben herrscht eine Hölle und Antreiberei, wie wir sie niemals vorher gekannt haben, die Förderziffern steigen, die Erwindenden steigen, die Unfälle steigen und jetzt mehren sich auch die Massenunfälle.

Auf der Zeche „Lothringen“ werden seit Jahren systematisch und fortgesetzt Angehörige des Bergarbeiterverbandes genaugereckt, vornehmlich hat man es auf die freigewerkschaftlich organisierten und Sicherheitsmänner abgesehen. Die Gerichte haben sich 1911 wegen der rigorosen Maßregelungen schon mit dieser Zeche beschäftigt. Als diese Maßregelungen sich in diesem Jahre fortsetzten und unter Vertrags-

bruch wieder 2 Ausschußmitglieder und 1 Knappschütze auf Straßenplätzen flohen, ging den Bergleuten die Geduld aus. Sie protestierten in einer Belegschaftsversammlung gegen die Nebenmaßnahmen und nahmen eine scharfe Resolution gegen die Maßregelungspraktiken der Verwaltung an. Die Zeche, das ist festzustellen, machte brave Menschen, weil sie die Traumatik und ihre Kritik fürchtete. Was sie will, kauft darauf hinaus, sich willkürliche Arbeitsklaven zu erziehen. Darum wird die Gelbtaucht im großen betrieblichen Terrorismus der Zeche nicht nur nicht von Verbänden haft, er eritredt sich auch auf Geistliche und Kirche. Als ein Kaplan der katholischen Gemeinde, in der die Zeche Lothringen herrscht, einem katholischen Kandidaten die Stimme gab, wurden ihm 600 M. Gnadengeld entzogen!

Wo so mit Terrorismus und Maßregelungen gewirtschaftet wird, da schweigt schließlich die Kritik, oder sie hält sich zurück. Mißstände auf Mißstände setzen ein, da die Gelben zu ihrer Beilegung ganz genäh nichts beitragen, und es bereiten sich Wasserfatastrophen vor.

Effizienten Mitteilungen zufolge soll auf Zeche „Lothringen“ alles in Ordnung gewesen sein, das Unglück ist auf ein unabwendbares Naturereignis zurückzuführen. Die Bergarbeiter sind aber anderer Meinung. Sie befanden, daß die Wetterführung äußerst mangelhaft, die Temperatur ständig 26 bis 27 Grad betragen habe und daß Schlagwetter häufig vorhanden waren. Dies hat die Verwaltung gerührt, denn ein Sicherheitsmann hat schon in den Jahren 1910/11 in seinem Jahrbuch Eintragungen gemacht, der Betriebsführer zog es vor, entgegengelegte Bemerkungen weiterzugeben. Doch gewissenhaft machte der freigewerkschaftlich organisierte Sicherheitsmann seine Eintragungen weiter, weswegen er einundzwanzigmal in schlechte Arbeit verlegt wurde, wodurch er eine erhebliche Wohnverbüße hatte. Die Drangsalierungen zwangen den gewissenhaften Kontrolleur schließlich doch, die Eintragungen einzustellen, obgleich er oft Schlagwetter feststellen konnte. Wo mit dem Leben der Arbeiter so leichtfertig umgegangen wird, da muß es wundernehmen, daß die Arbeiter nicht einmütig gegen das Grubenkapital Stellung nehmen. Leider nennen sich Leute gewerkschaftlich organisiert, die es vorziehen, auf die Schulter an Schulter mit ihren Arbeitskollegen zusammenzusetzen, ihnen in den Rücken zu fallen, wie es die christlichen Bergarbeiter in diesem Jahre zu ihrer eigenen Schande getan haben.

Am 11. August wurden die Opfer der Katastrophe, nach Montellionen getrennt, in zwei Massengräbern beigesetzt. Auch diese Scheidung ist für den Stand geistiger Kultur in Teutland mehr als bezeichnend.

Das Grubenunglück hat mit allzu rauher Hand in den Feststaumel der bürgerlichen Masse hineingegriffen. Einige braune Lappen und schöne Worte von dem Ehrenrot auf dem Schlachtfelde der Arbeit, Mienen an die schwer verletzten Ueberlebenden, wurden geopfert. Da mit glaubt man die größte Not der Witwen und Waisen zu lindern und das mahmende Gewissen zu beruhigen. Zudem sind diese Wehklagen billiger, als berechtigte Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, Vorkehrungen zu treffen, damit solche entsetzlichen Unglücksfälle auf das äuferte Maß eingeschränkt werden.

Die Jagd nach Profit wird solange über Arbeiterleiden weiter betrieben, bis daß alle Arbeiter die Wehklagen der freien Gewerkschaften erkannt haben und sich daran betätigen. Dann allerdings werden Feste, wie in der vergangenen Woche, nicht mehr gefeiert, aber auch Katastrophen wie auf Raddod und Lothringen werden fast unmöglich sein.

**Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1911.**

Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung steht im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung. Angesichts der günstigen wirtschaftlichen Situation des Jahres 1911 war mit einer erheblichen Steigerung der Mitgliederzahl der Gewerkschaften zu rechnen. Diefelbe war erheblich größer als in den Vorjahren, mit Ausnahme des Jahres 1906; sie betrug im Jahresdurchschnitt des Jahres 1911: 303.688 (gegen 184.631 in 1910, 136 in 1909, 175.797 in 1907 und 344.306 in 1906. Im Jahre 1908 war keine Zunahme, sondern ein Rückgang von 83.775 zu verzeichnen.) Die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Zentralverbände betrug im Durchschnitt des Jahres 1910: 2.017.298, 1911 dagegen 2.320.486. Die Zunahme beträgt 15,05 Proz. gegenüber 10,07 Proz. im Jahre 1910.

Etwas höher als die Jahresdurchschnittsziffer ist die am Jahreschlusse 1911 von den Gewerkschaften erreichte Mitgliederzahl. Daraus ergibt sich, daß unsere Zentralverbände die Zahl von 2,4 Millionen Mitgliedern überschritten haben. Sie zählten am Ende des Jahres 2.400.018 Mitglieder gegen 2.128.021 am Ende des Vorjahres. Das Mehr beträgt hier 271.997.

Die Mitgliederzahl der Verbände, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angehören, ist um 21.447 höher, betrug also Ende

**Die Volksverbesserer.**

Eine Kriminalgeschichte von Ludwig Thoma.

Man schrieb und sprach in der letzten Zeit viel über unseren Richterstand. Die Frage, ob von eigentlicher Bestechung bei eigentlicher Unbestechlichkeit überhaupt gesprochen werden könne, wurde von einem hohen Ministerium dahin beantwortet, daß dies jedenfalls nicht geschehen dürfte.

Diese Behandlung des fähigen Thomass ist ebenso erschöpfend als maßgebend, und ich finde die hier niedergelegte Ansicht um so erquicklicher, als sie sich mit der meinigen deckt.

Ich habe stets unsere Richter bewundert, weil sie über alle Dinge mit der gleichen Sachkenntnis urteilen und nicht selten gerade das finden, an was niemand dachte. Dabei geht unmerklich ein großer Zug durch unsere Rechtsprechung; man hat wirklich die Absicht, die niederen Volksschichten zu bessern und zu belehren.

Wenn dies durch Anwendung väterlicher Strenge irgend möglich ist, geschieht es sicherlich gern, aber es fehlt auch nicht an Versuchen der gütlichen Ueberredung.

Ich habe schon manden jungen Amtsrichter beobachtet, wie er im Schwere seines Angeichts sich abmühte, um einem verstockten Arbeiter klarzumachen, daß die sozialen Verhältnisse durchaus nicht so schlimm seien, wie dieser sie fennen lernte.

Erst gestern benutzte ich die Geduld und die Einsicht des jugendlichen Juristen, als die Sache des Mauerers Pleischacher verhandelt wurde.

Der Delinquent war am einem Sonntag vor den Magistrat geladen worden, um seine Invalidenversicherungskarte abzuholen.

Er hatte hierin eine unsichtbare Störung seiner Sonntagsfreuden erblickt und dies sämtlichen Be-

auten mit erhobener Stimme so deutlich zu erkennen gegeben, daß er nunmehr auf der Anklagebank saß.

Man sieht, der Fall entbehrt nicht eines gewissen sozialen Beigeschmacks. Dies mochten wohl auch die Herren vom Richteramt fühlen.

Der Amtsanwalt redete sich straffer im Stuhle zusammen und sprach bedeutungsvoll den Kleinen Schurkbar. Das jugendliche Gesicht des Vorsitzenden bekam ein finstres Aussehen und die Stimme klang mehrere Nuancen schärfer, als er Johann Pleischacher ins Gebet nahm.

Es entwickelte sich das satfam bekannte Frage- und Antwortspiel.

In dessen Verlauf zeigte es sich deutlich, daß die Vernehmung des Münchner Fassadenmauerers nicht bloß auf seelische Erregung, sondern auf seine Charakterbildung zurückzuführen war.

Er glaubte harmnädig, daß er im Rechte war; er sprach davon, daß, wer die Woche arbeite, am Feiertag seine Ruhe haben möchte; er stellte die Ansicht auf, daß die Beamten wegen der Leut und nicht die Leut wegen der Beamten da seien; er versuchte nachzuweisen, daß er sich nichts gefallen lassen brauche, kurz, er brachte lauter Dinge vor, welche in das Politische hinüberspielten.

Dabei war er auch in der Form durchaus nicht korrekt.

Seine Stimme, die durch starkes Schmalzgeruchschöpfen eine unangenehme Klangfarbe angenommen hatte, war wach und verlegend; überdies schien Pleischacher zu glauben, daß seine Gründe besser würden, wenn er sie mehrmals und immer lauter vorbrächte.

Die Debatte wurde ziemlich erregt, und als der Vorsitzende in berechtigter Entrüstung dem Angeklagten vorhielt, daß es ja nur sein Bestes wäre,

wenn der Staat für die alten Tage der Arbeiter Sorge, da erklärte Pleischacher feierlich, daß er auf die Altersrente pfeife und daß er sie jedem im Zuschauertraum überlasse, der sie wolle.

Sie fürchtete bereits, daß die Kühnheit üble Folgen haben werde, allein zu meinem Erstaunen blieb der Vorsitzende ruhig.

Er nickte nur schmerzlich lächelnd mit dem Kopfe, wie jemand, der etwas lange Gefürchtetes beständig sieht. Dann warf er einen verständnisvollen Blick zum Amtsanwalt hinüber, der mit wilder Energie den Schurkbar drehte.

„Pleischacher“, sagte der Vorsitzende mit weicher Stimme, „Pleischacher, gest. Sie sind Sozialdemokrat?“

„Dös glaab i“, erwiderte dieser, „seils dö Partei ham, bin i dabet.“

„Ach so, jetzt wird mir vieles klar!“

Der junge Amtsrichter sah bei diesen Worten so nett und intelligent aus, daß ich ihn wirklich lieb gewann.

Ich merkte, daß er keinen Groll gegen den Angeklagten hegte und daß ihn nur tiefes Mitleid mit dem Unglücklichen erfaßte.

Er räusperte sich mehrmals wie jemand, der eine längere Rede vorhat, und dann fragte er gütig: „Pleischacher, sehen Sie nicht ein, wie weise dieses Gesetz ist, welches Ihnen ein glückliches Alter verbürgt?“

„Na! Dös siech i net.“

„Ja, aber Pleischacher, passen Sie mal auf, nehmen wir mal an, Sie werden alt, müde, gebrechlich, Sie werden siebzig Jahre alt . . .“

„Dös glaab i net . . .“

„Was glauben Sie nicht?“

„Doh i sie waz' Jahre alt wer glaab i net.“



1911 2 421 465. Das Mehr entfällt auf die beiden Verbände der Landarbeiter und der Hausangestellten...

Die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Zentralverbände hat sich seit dem Jahre 1893, dem Jahr des tiefsten Standes, mehr als verzehnfacht...

Table with 4 columns: Zentralverbände, Gewerkschaften, Christl. Gewerkschaften, and values for years 1891, 1893, 1900, 1911.

Aus diesen Gegenüberstellungen ergibt sich nicht allein das bedeutende numerische Uebergewicht unserer Zentralverbände, sondern auch ihr kräftigeres Stadium...

Die Zahl der in der Generalcommission angeschlossenen Gewerkschaften hat sich im Berichtsjahre wieder um zwei vermehrt...

Ein erfreulicher Beweis der Stabilität unserer Gewerkschaften ist, daß im Berichtsjahre nur 4 Organisations unbedeutende Rückgänge ihrer Mitgliederzahlen aufwiesen...

Nach der Höhe der Mitgliederzahlen geordnet hatten im Durchschnitt des Jahres 1911 Mitglieder: Metallarbeiter 494 177, Bauarbeiter 290 136...

58 745, Maler 47 815, Schneider 16 531, Schuhmacher 45 341, Brauerei- und Mühlenarbeiter 45 289...

Das Prozentverhältnis der Organisierten zu den Organisationsfähigen läßt sich nur für die ganzen Industrie- und Gewerbegruppen berechnen...

Die Organisierung der gewerblich tätigen Mädchen und Frauen hat auch im Berichtsjahre wieder neue Fortschritte gemacht...

Zunehmen bleibt angesichts des ständigen Anwachsens der weiblichen Berufsarbeiter in Industrie und Gewerbe...

Die Gesamtzahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder verteilt sich auf folgende Verbände:

Fertigarbeiter 45 651, Metallarbeiter 25 103, Fabrikarbeiter 21 533, Tabakarbeiter 16 870, Buchbinder 14 127...

Bei der Kinnungsbearbeitung der Gewerkschaftsverbände war im Berichtsjahre das Fehlen von besonders umfangreichen Kämpfen, wie sie das Jahr 1910 vor allem im Baugewerbe aufwies...

Die Steigerung der durch regelmäßige Beiträge erzielten Einnahmen hat auch im Berichtsjahre Fortschritte zu verzeichnen...

Table with 3 columns: Pro. pro Woche, Verbände, and values for years 1910 and 1911.

Im Jahre 1907 hatten erst 25 Proz. der Verbände einen Wochenbeitragsbeitrag über 50 Pf. — heute schon nahezu die Hälfte aller Gewerkschaften...

Es zahlten nämlich 45,92 Proz. aller Mitglieder einen Wochenbeitrag von mehr als 50 Pf. Die Gesamtsumme an Beiträgen belief sich auf 57 807 845 Mk. (im Vorjahre 48 957 229 Mk.)...

Von den gesamten Jahresausgaben von 60 025 080 Mk. sind folgende Kosten besonders hervorzuheben:

„Ja, warum? Gehört das zu den Unmöglichkeiten?“

„Ja, glaubs halt net.“

„So, Sie glauben es einfach nicht? Gm! Gut! Aber Fleckschäfer, selbst angenommen, Sie würden dieses Alter nicht erreichen, dann werden doch andere, Ihre Mitarbeiter, diese Wohlthat genießen.“

„Was brauch denn i für andre zahlen? Dös gibts gar net!“

„Das ist es eben!“ fiel hier der Amtsrichter eifrig ein, „das ist es eben! Sehen Sie, Fleckschäfer! Da fehlt Ihnen die Einsicht, der Sinn für die Allgemeinheit, für das Ganze, für den Staat!“

Fleckschäfer nahm eine Krise Schmalzer und sah ironisch auf seinen Lehretz, der mit erhobener Stimme fortfuhr: „Der Staat ist eben, ja, wie soll ich mich Ihnen verständlich machen, der Staat ist wie eine Bienenkolonie, wie ein Bienenkorb, in Zellen eingeteilt; jede Biene hat ihre Zelle für sich, ihre Funktionen für sich, aber alle greifen zusammen, vertuschen Sie mich?“

„Na, und glauben Iua i's a net.“

„Was glauben Sie nicht?“

„Daß der Staat wie a Bienenkorb ist, glaub i net, Herr Amtsrichter. Bei die Bienen wer'n d's, mo nit arbeit'n, umbracht, bei uns abba ham's das schönste Leben. Dös is grad umgekehrt.“

Das Gesicht des Vorstehenden hatte sich bei diesen Worten verfinstert, jede Milde war daraus verschwunden. Er sah, daß mit Vernunftgründen eine Besserung nicht zu erreichen war und beschloß wohl, die ganze Strenge des Gesetzes anzuwenden.

Zehn Gebote für Diskussionsredner.

(Ausfechten und Auswendiglernen.)

Die Diskussion, die für gewöhnlich einem Vortrage folgt, soll Aussprache, Meinungsaustausch der Versammlungsteilnehmer über den behandelten Gegenstand sein...

Hieraus ergeben sich für den Diskussionsredner eine Reihe von Anforderungen, die er streng zu beachten hat.

- 1. Rede nur, wenn du was weißt, wenn du dir klar bist über das Was und Wie dessen, was du vorbringen willst.
2. Sprich zur Sache! Höre aufmerksam auf das Referat und spreche dich darüber aus.
3. Greife bestimmte Punkte aus dem Vortrage heraus! Güte dich, über alles Vorgebrachte reden zu wollen.
4. Wiederhole nicht bereits Gesagtes, habe den Mut, aufs Wort zu verzichten, wenn du bereits auf der Rednerliste stehst.
5. Mache es kurz! Keine lange Einleitung, direkt aufs Ziel los, prägnante Ausführungen...

die Würze. Wenn dir auch eine längere Redezeit garantiert ist, suche dich immer kurz zu fassen.

6. Halte keine Zitate! Mit persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen trägt du immer mehr zur Klarlegung der Sachlage bei, als wenn du nur Zitate oder gar nur Zitate aus Zeitungen, Büchern und Aussprüchen von Rednern vorlegst.

7. Rede nicht im „Ich“-Stile! Man kann persönliche Erfahrungen zum besten geben, ohne in den leidigen, die Zuhörer schließlich anwidernenden Ton zu verfallen: „Ich habe dies und jenes gesehen“; „ich bin der und der Kerl“; „ich habe dies und das erlebt“; „ich habe dies und das getan“ usw.

8. Fordere nicht heraus! Man hat dir nicht das Wort erteilt, damit du deine Mut an dieser oder jener anwesenden oder nicht anwesenden Person oder Partei ausleben kannst. Du hast die Art deines Redens dem höheren Zweck der Versammlung unterzuordnen. Wie oft war das aufreizende Benehmen eines einzigen Diskussionsredners Ursache von Mißausfällen und Versammlungsausfällungen.

9. „Ich habe gesprochen“ oder „Dies meine Ausführungen“ sind höchst überflüssige Redensarten, die mancher Diskussionsredner mit zäher Ausdauer anwendet. Weg damit! Wer nichts mehr weiß und keinen wirkungsvollen Schlusssatz findet, der höre ohne weiteres auf.

10. Rede nicht immer! Viele Diskussionsredner meinen, sie müßten immer in jeder Versammlung und bei jeder Gelegenheit reden. Sie erreichen damit, daß über kurz oder lang die Versammlung aufseufzt, wenn sie das Rednerpulver bestiegen. — Natürlich, der wieder; „mich auch seinen Ton dazu tun“ usw. Das Beste hat dann seinen Wert mehr. Man muß auch schweigen können, in seinem und im Interesse anderer.

Organisat.	Stk.
Reiseunterstützung	39 1 028 481
Umzugsunterstützung	33 366 865
Arbeitslosenunterstützung	42 6 340 544
Arbeitsunfähigen (kranken) Unter- stützung	47 10 298 730
Invalidenunterstützung	9 538 436
Beihilfe in Sterbefällen	45 1 045 956
Beihilfe in Nothfällen	39 470 048
Streiks im Beruf	46 16 728 824
Streiks in anderen Berufen und Ausland	44 574 604
Rechtschutz	50 421 485
Gesamregelunterstützung	40 895 519
Verbandsorgan	51 2 446 468
Bibliothek	38 273 105
Interichtskurse	24 65 151
Statistiken	18 104 481
Agitation	49 2 448 267

Die Ausgaben für Reise- und Arbeits-  
losenunterstützungen waren, absolut be-  
trachtet, um ein geringes höher, pro Kopf berechnet  
dagegen etwas niedriger als im Vorjahr. Etwas  
harter liegen die Ausgaben für Krankenunter-  
stützung, blieben aber immer noch im Durchschnitt  
der Mitglieder hinter denen des Vorjahres zurück.  
Erheblich zurückgegangen ist dagegen  
die Ausgabe für Streikunterstützung,  
für die im Vorjahr insgesamt 19 603 605 Mk.,  
im Berichtsjahr aber nur 17 303 328 Mk. verausgabt  
wurden. Wie sehr die friedliche Seite des  
Unterstützungswezens der deutschen Gewerkschaften  
überwog, zeigt die folgende Zusammenstellung:

	1907	1909	1910	1911
Reise	899 148	1 125 929	1 015 984	1 028 481
Umzug	275 718	281 231	316 452	366 865
Arbeitslose	4 375 012	8 503 928	6 075 622	6 340 544
Kranke	5 435 387	8 896 354	9 028 893	10 298 730
Sterbefälle	642 385	838 379	884 012	1 045 956
Nothfälle	467 707	547 174	548 597	470 048
Gesamtsomme	10 010 045	1 074 964	8 607 288	8 955 519
Summa	13 275 800	21 358 079	18 678 368	20 411 063

Tagegen wurden für Streikunterstützung ver-  
ausgabt:

	1907	1909	1910	1911
Mk.	19 603 605	4 819 399	6 904 431	19 003 605
Mk.				17 303 328

In den 21 Jahren seit 1891 brachten die Zen-  
tralverbände 122,1 Mill. Mk. für streikunterstützung  
aus, während sie für Streikunterstützung  
108,7 Mill. Mk. aufwenden mußten. Von den  
ersteren Unterstützungen entfielen seit 1891 insbe-  
sondere auf:

Arbeitslose	46 528 951 Mk.
Reisende	12 437 856 "
Kranke	55 810 124 "
Umzug, Not- und Sterbefälle	12 185 698 "
Gesamtsomme	8 348 369 "
Rechtschutz	1 087 251 "
Rechtschutz	8 184 728 "

Von besonderem Interesse ist die hohe Entwic-  
kung, die die Reise- und Arbeitslosenunterstützung  
in den deutschen Zentralverbänden erfahren hat. Im  
Jahre 1910 waren 2 004 664 Mitglieder, 1911 da-  
gegen 2 318 797 Mitglieder in der einen oder anderen  
Form gegen Arbeitslosigkeit berichtet. Reiseunter-  
stützung wurde im Berichtsjahre von 39, Arbeits-  
losenunterstützung von 42 Verbänden gezahlt. Die  
Ausgaben hierfür erreichten im Berichtsjahre  
7 368 975 Mk. (gegenüber 7 001 506 Mk. im Vor-  
jahr) und seit 1891 haben die Verbände auf diesem  
Wege zur Unterstützung ihrer Arbeitslosen nicht  
weniger als 59 Millionen Mark aufgebracht. An-  
gestrichelt solcher Leistungen, denen in Reich, Staat  
und Gemeinde nichts Gleichwertiges gegenübergestellt  
werden kann, ist der Anspruch der Gewerkschaften,  
ihre Arbeitslosenunterstützung als Grundlage für  
die öffentliche Organisation der Arbeitslosenver-  
sicherung anerkannt zu wissen, ein durchaus berechtigter,  
und nicht minder berechtigt ist ihre Forderung, daß  
ihre Arbeitslosenunterstützung ergänzt werde durch öffent-  
liche Mittel, die den Arbeitslosenunterstützung als Zuschüsse  
zu gewähren sind. Es sind ja in dieser Hinsicht  
bereits namhafte praktische Fortschritte in einer  
Reihe deutscher Gemeinden erreicht worden und die  
bedenklichen Erfahrungen, die alleenthalben mit  
dieser öffentlichen Förderung gewerkschaftlicher  
Selbsthilfebestrebungen gemacht wurden, werden in  
den nächsten Jahren noch weitere Stadtgemeinden  
auf den gleichen Weg drängen.

Eigene Verbandsorgane hatten im Berichtsjahre  
50 Verbände, mit einer Gesamtanfrage von 2 407 700  
Exemplaren (gegen 2 250 180 im Vorjahr). Von  
diesen Organen erschienen 36 wöchentlich, 8 dierze-  
hntig und 7 monatlich 1 bis 5mal. Internationaler  
Verbindungen wurden von 42 Verbänden gepflegt.

### Sammlung.

Es mag das nennzellige kurzgedruckt und makt-  
herziger Zeilen sein, alles Streben aufzugeben und  
auf alles zu verzichten, wenn eine Lebenshoffnung  
nur zum Teil erfüllt worden ist. Als ob der Wert  
des Strebens ein für allemal im gleich greifbaren  
Erfolge läge. In diesem Falle wäre es jeder Würde  
entkleidet. Starke und feste Charaktere lassen sich  
in ihrer Entscheidung durch nichts beirren! Aber  
solche Heberzeugung wird selbst durch einen Verlust  
oder Fehlschlag nicht erschüttert. Im Gegenteil, sie  
suchen ihn künftig mit um so mehr Eifer wieder ein-  
zubringen. Der sicher und ruhig Urteilende weiß,  
daß das, was nicht auf einmal zu erreichen war,  
nach und nach mit Ausdauer und Geduld doch er-  
reicht werden muß. Er geht selbst sicher und ver-  
traut auf die Standhaftigkeit seiner Mitkämpfer.  
Stein auf Stein zum großen Bau zu fügen zu dessen  
höherem Gelingen. Mit fernem Instinkt und  
Instinkt überwindet er die Bemänglungen und ein-  
enkommende Zweifel anderer sucht er mit unerbitt-  
licher Notwendigkeit zu zerstreuen.

Gerade jetzt tritt an uns die Aufgabe, unsere  
Erfahrungen auch persönlich zu sichten und zu klären,  
um zur geistigen Sammlung und zur inneren Wert-  
und Weiterbildung zu kommen, die allein sichere  
Schlüsse auf unsere ferneren Entwicklungslinien zu-  
lassen. Nur was der einzelne sich geistig neu ein-  
ordnet, ist auch Ergebnis für die Gesamtheit.

Nun befindet sich jedoch diese geistige Selbst-  
betätigung, aus der auch die Gemeinlichkeit Nutzen  
zieht, bei manchem noch im Embryonalstadium.  
Selbstbestimmendes Denken und kritisch-fühlendes  
Erkennen glaubt mancher schon mit den einfachsten  
Grundlagen des „Aufklärungszeitalters“ erworben zu  
haben, das freilich einer ersten und ungenügenden  
Sache, einer umfassenden Angelegenheit gegenüber  
nicht handhäft. Eine oberflächliche Aneignung von  
primitiven Erkenntnisformen und -formeln ohne  
Selbstverleib und Gesinnungswende in zuweilen nur  
der Teilhaft innerer Gleichgültigkeit und des  
Krankens irgendwelcher ersten Anteilnahme. Eine  
solche Oberflächlichkeit bleibt natürlich für die Ge-  
samtheit außer Wirkung, weil sie die Lebensgefesse  
der letzteren nicht genügend zu erschöpfen vermag.

Wir werden also untersuchen müssen, inwiefern  
Selbstsammlung und Selbstbestimmung auch einen  
Kräftezuwachs für die Gemeinschaft, ja für die Ge-  
meinschaft bedirkt, so daß eine Kräfteleistung und  
-haltung aller dem Teile oder zugute kommt.

Dem demokratischen Prinzip getreu, nach dem  
jedem einzelnen das Nützliche und Nützliche offen-  
sicht, sollten sich die Mitglieder auch unserer Gemein-  
schaft mit erneuertem Eifer draunahmen, unseren  
großen Aufgaben gerecht zu werden. Dazu wird es  
vor allem nötig sein, daß neben dem sicheren Gefühl  
für das Nächstliegende, das unbedingt vorhanden  
sein muß, auch das Bewußtsein, für das Ganze und  
für die Zukunft zu handeln, genährt und gefördert  
werde. Der allzu schnell und flüchtig Urteilende läßt  
sich in seinen Stimmungen und Entschlüssen un-  
genau von seiner wertigen Person, seinen Wünschen,  
beizienfalls von seiner engeren Umgebung oft zum-  
gunsten des Ganzen beeinflussen; er leidet darum  
mehr oder weniger an geistiger Beschränkung. Aufs  
große Ganze zu gehen bei allem Denken und bei  
jeder Betätigung ist vielen noch außerordentlich  
schwer oder überhaupt unmöglich. Doch mit hartem  
Willen und ernster Erziehung läßt sich viel in dieser  
Hinsicht erreichen und heben.

Wollen wir z. B. die Vöte unseres Berufslebens  
kennen lernen, so müssen wir uns das Ganze bilden,  
die Einzelzustände gedanklich zusammenfassen und  
danach unser Urteil bilden und unser Handeln rich-  
ten. Fühlt ein Kollege nur die eigene Not, hegt er  
Sonderwünsche, so trachtet er leicht in egoistischem  
Strebertum oder auf andere mehr oder minder  
unlautere Art sich in einem Vorteile zu setzen, meist durch  
Freigabe aller notwendigen Rücksichten auf seine  
Mitkollegen.

Das Gleiche gilt auch bei allen sonstigen Ent-  
schlüssen. Wer nur in Rücksicht auf sich selbst  
denkt und handelt, dessen Anschauung und Urteil  
wird aus kleinen und heimlichen Wünschen und Ver-  
hältnissen geboren. Er ermanget der Ueberlicht und  
höheren Einsicht und kennt infolgedessen auch die  
sittlichen Gesetze eines höheren als des persönlichen  
Willens nicht, eines Willens, der Kraft seiner um so  
viel größeren und verminderten Macht, als neues  
Sittenelement, ein großes Menschheitsziel in der  
Perspektive hat und nach dessen Wirken sich das Ge-  
samtniveau einer Gemeinschaft, einer Volksklasse, ja  
der gesamten Menschheit auf eine höhere Stufe brin-  
gen läßt.

Unsere Organisation ist ein System, wie der  
menschliche Körper, der ohne Zuführung von Energie  
zu den kleinsten Teilen und wiederum ohne die von  
letzteren dem Ganzen zugehenden Verbindungen und  
Zufüssen nicht existieren kann. Zum Wachstum und  
weiteren Ausbau braucht auch unser Verbandskörper

die Zuführung der Kräfte aller Einzelmitglieder.  
Pflichten und Aufgaben des Ganzen stehen unter  
der Verantwortlichkeit eines jeden und vermögen  
nur bei rechter und pflichtbewußter Auffassung aller  
zur Wahrung des Einzelinteresses zu führen.  
Welches erste Mitglied möchte sich dieser Einsicht  
entziehen!

Will der einzelne als Mensch seinen eigenen  
Begriff erfüllen, wie als Gemeinwesen seinen Platz  
ausfüllen, muß er als Subjekt zu hoher Kultur ge-  
langen, als Objekt sich durch hohe Selbsterfüllung dem  
Ganzen einfügen. Dadurch gewinnt das Einzel-  
wie das Gemeinleben höheren Inhalt und größere  
Bedeutung. Dadurch wird auch in unserem Verband  
das demokratische Prinzip zugunsten seines Ein-  
flusses und seiner Macht befestigt und erhöht. Nur  
von einem höheren Gesichtspunkte, von ernster  
Lebensanschauung aus läßt sich eine umfassende An-  
gelegenheit beurteilen oder regeln; nur diesen  
Fähigkeiten wohnt eine größere, organisierende  
Macht inne. Ueber dem Einzel- und Tagesinteresse  
muß deshalb das Streben jedes ernstlichen Menschen  
dahin gehen, aufs Wesentliche, Allgemeine den Blick  
zu richten; nur dadurch bekommt auch die Klein-  
arbeit die sichere Richtung und Geltung. Der  
schaffende Mensch muß übers Kleine hinaus eichem  
höheren und weiteren Gesichtskreis zuweilen, ja  
Schiller. „Er kann sein vergänglich Wesen an die  
unvergängliche Kette des Weltgeschehen knüpfen;  
jeder Arbeit, jedem Schaffen ist die Folge mitge-  
geben, und so kann sich der einzelne Mensch ins  
Ewigte leben, wo die Tat lebt und weiter wirkt.“

Aus dem solchem Maß für den einzelnen wie  
für die Gesamtheit gesammelten höheren Arbeits-  
und Denkfähigkeit wird eine neue Energiequelle her-  
vorgehen. Da sich diese zu einem wesentlich gesteigerten  
Nachwirkfaktor für unser Verbandesleben wie für die  
gesamte Arbeiterklasse im weiteren Sinne aus-  
wirkte, heißt es, diesen Kultur- und Charakter-  
momenten im Einzel- wie im Gemeinleben volle  
Aufmerksamkeit zu schenken. Wir alle wollen hohen  
kulturellen Takt und Selbsterziehung zu entfalten  
suchen, um in better Weise allen inneren und äußer-  
en Lebensmächten nach ihrer jeweiligen Bedeutung  
für unser persönliches und Gemeinleben gerecht zu  
werden. Wir wollen eine Persönlichkeitskultur und  
eine moderne gegliederte Gesamterziehung in be-  
zug auf die großen Sozial- und Menschheitsentwic-  
klungen erringen, auf daß sich unsere Macht und  
unser Einfluß vergrößere. Zudem unter der Wechsel-  
wirkung zwischen dem Einzel- und dem Gemeinleben  
und -wirken, der Sammlung aller inneren und  
äußeren Kräfte und Fähigkeiten unsere Nachhilfe  
zur Vollreife gedeiht, wird der gesamten Arbeiter-  
klasse die sichere Lösung aller ihrer Aufgaben ermög-  
licht werden.

### Arbeiter als Familienväter.

Statistischen Feststellungen zufolge ist für die  
letzten Jahre auch in Deutschland ein zu beachtender  
Geburtenrückgang zu verzeichnen. Die agrarische  
Klasse verliert die moderne Arbeiterbewegung dafür  
verantwortlich zu machen, indem sie argumentiert,  
die Sozialisten wollen durch künstliche Zurückhaltung  
der Geburtenziffer die Wehrhaftigkeit des Deutschen  
Reiches schwächen. Nun steht fest, und jede über-  
zügliche Statistik bezeugt es, daß gerade die Prole-  
tariat über einen Kinderarmut nicht zu klagen haben,  
dagegen die besitzende Klasse mit Berechnung darauf  
achtet, daß das Erbe möglichst ungeteilt bleibt. In  
welchen Zusammenhang der Geburtenrückgang mit  
der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft zu bringen  
ist, darüber schreibt die Zeitschrift „Die Konjunktur“:

Deutschlands Produktion an Menschen steigt nicht  
mehr in dem gewohnten Tempo, hier und da zeigt  
sich bereits ein Geburtenrückgang. In einem  
Staate, der darauf bedacht ist, seine Stellung als  
erste Militärmacht der Welt zu behaupten und —  
sowie es, was es wolle — noch weiter auszubauen,  
bildet die Bewegung der Bevölkerungszunahme ein  
Kapitel von besonderer Wichtigkeit. Auch die wirt-  
schaftliche Entwicklung wird von der Produktion an  
Menschennmaterial nachhaltig beeinflusst. Die mo-  
derne Großindustrie verarbeitet nicht nur Kohle und  
Eisen, sie absorbiert auch ein erhebliches Quantum  
menschlicher Muskelkraft. Sie reißt den Arbeiter  
rascher auf, als ebendem der handwerksmäßige Be-  
trieb, deshalb hat sie ein viales Interesse daran, daß  
immer ausreichender Nachwuchs an Arbeitskräften  
vorhanden ist. In ihren ersten Entwicklungsstadien  
verkonsumierte die deutsche Industrie das fernige  
Menschennmaterial, das ihr aus den Schichten des  
Handwerks, Kleinbürgertums und vom platten  
Lande zufließte. Ob die industrielle Arbeiterschaft  
auch wirtschaftlich in der Lage war, aus sich heraus  
einen Nachwuchs großzuziehen, war dem Inter-  
nemertum zunächst gleichgültig, hielt sich doch das  
Angebot am Arbeitsmarkt infolge der Zuwanderung  
vom Lande und aus den kleinen Städten immer auf  
der gewünschten Höhe. Die neuerdings beobachtete



Abnahme in der Geburtenziffer stellt die Arbeitgeber vor ein Problem, von dessen befriedigender Lösung die weitere Entwicklung der deutschen Industrie und überhaupt das Schicksal der deutschen Volkswirtschaft abhängt. Mit Bedauern nimmt man plötzlich wahr, daß auch in der Arbeiterbewegung das Bestreben vorherrscht, durch Einschränkung des Kinderlebens das Mißverhältnis zwischen Einkommen und Kosten der Lebenshaltung wenigstens etwas auszugleichen. Der Arbeiter hat von der Bourgeoisie und besonders von den oberen wirtschaftlichen Grundlagen der Arbeiterklasse in der Lage ist, für neuen Nachwuchs zu sorgen. Hat bisher der Arbeiter sich Jahrzehnte hindurch begnügt, um seine wirtschaftliche Lage auch nur ein wenig zu bessern, ohne bei der Unternehmerrasse Verständnis zu finden, so macht er jetzt plötzlich durch seine „passive Resistenz“ die Lösung des Arbeiterproblems zu einer Lebensfrage des Kapitalismus und des Staates. Man muß es dem Arbeiter bedenken, wenn er darauf verzichtet, mehr Kinder in die Welt zu setzen, als er ernähren kann? Muß nicht schon heute ein erschreckend hoher Prozentsatz der Arbeiterfrauen durch aufreibende Fabrikarbeit zur Verweigerung der notwendigen Lebensbedürfnisse beitragen? Wird nicht durch die frühzeitige Verwendung der weiblichen Arbeitskraft im gewerblichen Betriebe ein großer Teil unserer Arbeiterkinder ihrer Bestimmung als Frau und Mutter entfremdet? Der Arbeiter ist gewiß kein schlechterer Familienvater als der Bäcker, Beamte oder Kapitalist. Die Erziehung zu einer rechtschaffenen, arbeitsfrohen Lebensauffassung ist in der Arbeiterfamilie ebensogut gewährleistet wie anderswo. Es fehlen jedoch meist die notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Erhaltung einer kinderreichen Familie. Es ist deshalb verfehlt, wenn man dem Arbeiter die Beschränkung des Kinderlebens zum Vorwurf machen will. Zeigt sich nicht heutzutage gerade in den wohlhabenderen Schichten unseres Volkes das selbe Bestreben, die Zahl der Kinder nicht übermäßig anwachsen zu lassen? Wird nicht gerade in den besseren Kreisen das natürliche Sehnen des Weibes nach Mutterhoffen beseitigt und für Annehmlichkeiten gehalten? Wenn die sogenannte Elite des Volkes mit Rücksicht auf ihre Verantwortung auf Vergnügungen und gesellschaftliche Verpflichtungen sich an der Bevölkerungsübermehrung nicht mehr beteiligt, dann soll man es dem Arbeiter nicht verdenken, daß er den Kinderlebens einschränkt, weil er einfach nicht in der Lage ist, eine größere Familie zu ernähren. Wenn das Unternehmertum merkt, daß es durch seinen Raubbau an der Volkskraft selbst zu einer Verminderung des Arbeiternachwuchses beiträgt, wird es sich vielleicht eher zu einer gerechteren Verteilung des Produktionsertrages bereit erklären als bisher.

**In der Album-, Mappen- und Galanteriebranche Berlins**

sind ausfallende Arbeitsstunden an den Vorabenden der in der Woche fallenden Feiertage ebenso wie in der Lederwarenindustrie zu begablen. Diesen Entschluß fällt das Berliner Gewerbegericht unter folgender Begründung:

„Anstrengung gehören die Parteien den Vereinigungen an, die die Tarifverträge für die Album-, Mappen- und Galanteriewarenindustrie vom 18. Oktober 1909 und vom 30. Juni 1911 abgeschlossen haben. Nach § 9 des letzteren Vertrages haben mithin für sie Schlichtungskommission und Einigungsamt die Funktionen eines Schiedsgerichts im Sinne der Zivilprozessordnung, soweit es sich um Auslegung des geschlossenen Tarifvertrages handelt. Um eine solche Auslegungstrage dreht sich auch hier der Streit. Dem in dieser Angelegenheit gefällten Schiedspruch des Einigungsamtes haben sich mithin die Parteien widerspruchslos zu fügen. Unberührt sei dabei, ob eine der Parteien etwa der Ansicht ist, die Entscheidung sei unrichtig oder gebe von falschen Voraussetzungen aus. Schiedsprüche sind nur anfechtbar aus einem in § 104 der Zivilprozessordnung aufgeführten Grunde. Ein solcher Grund kommt hier nicht in Frage.

Der in dieser Angelegenheit gefällte Schiedspruch lautet nun wörtlich: „Die an den Vorabenden der in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage weggefallenen Arbeitsstunden sind wie im früheren Tarif zu begablen“. Danach sind diese Arbeitsstunden zu begablen wie nach dem Tarif von 1909. Die Auffassung der beklagten Firmen, daß nach diesem früheren Tarif eine Begablung der Arbeitsstunden, die an den Vorabenden der in die Woche fallenden Feiertage weggefallen sind, nicht erforderlich sei,

waschen sei, ist unrichtig. § 1 Absatz 2 des alten Tarifvertrages ergibt klar und deutlich das Gegenteil. Es heißt dort: An den Sonntagen und an den Vorabenden von Weihnachten, Oheben und Pfingsten findet ein früherer Arbeitslohn statt ohne Lohnabzug. Dies kann nicht anders verstanden werden, als daß für solche Tage derselbe Lohn zu zahlen ist wie für andere Tage, an denen voll gearbeitet wird. Verfehlt ist auch die Berufung auf den Schiedspruch vom 15. April 1910 in Sachen wider Richterher u. Schneidheim zur Begründung der gegenseitigen Ansicht. Bei dem Schiedspruch handelte es sich um einen ganz anderen Fall, nämlich um die Frage, wie es mit der Begablung einer Arbeitsstunde ist, die infolge einer veränderten gesetzlichen Bestimmung ausgefallen ist.

Diernach waren nach dem früheren Tarifvertrage wie nach dem jetzigen Tarifvertrage für die Album-, Mappen- und Galanteriewarenindustrie die an den Vorabenden der in die Woche fallenden gesetzlichen Feiertage weggefallenen Arbeitsstunden zu begablen. Es mußte daher die Verurteilung der beklagten Firmen nach dem Klageantrage erfolgen.“

**Korrespondenzen.**

**Berlin.** Die Automobil- und Wagenfüller haben am 7. August im Gewerkschaftshaus in einer gut besetzten Versammlung ein Komitee des Kollegen Bog über die gelben Vereinigungen entsandt. Wenn auch die Bezeichnung „Gelbe“ aus Paris stammt, weil dort Streikende dem Streikverbot die Denier des Bureaus demolieren und diese in aller Eile mit gelbem Papier verklebt wurden, so ist die Gründung der gelben Vereine älteren Datums und wo anders zu suchen. In Deutschland kann man den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie als Vater der gelben Organisationen betrachten, welche den ausgesprochenen Jued haben, Streiks zu brechen. In England trat 1892 die Streikbrecherorganisation in Aktion und bereitete dort den Erfolg des Maschinenbauerkreises. Amerika mit seinem starken Fremdenzuzug ist der beste Boden arbeitswilliger Massen. Man braucht hier also keine gelben Organisationen, sondern nur Verächter dieser Elemente. Dazu gab sich die Gesellschaft der Winterkons der, eine mit Wägen auf ausgerüsteten Wände, die gegründet war, Verbrechen aufzudecken, später aber sich zur Schutztruppe und zur Ueberwachung der Streikbrecher herabgelassen. Große Ausdehnung haben die „Gelben“ in Frankreich gefunden, was wohl eine Folge der anarchisch-individualistischen Agitation ist. Mit der Ausbreitung der Gewerkschaften nach deutschem Muster wird auch hier den „Gelben“ in absehbarer Zeit der Boden abgegraben. In der Schweiz fördern die Unternehmer die „Gelben“ nicht in dem Maße wie in den vorhergenannten Ländern. Während die Reichsverbände in Deutschland verächtlich, durch Gründung von Pensionstafeln und Wohlfahrtsvereinigungen die Arbeiter von den Ideen der modernen Gewerkschaften fernzuhalten. Doch damit hatten sie nicht allzuviel Glück. — Die eigentliche Gründung der gelben Organisationen in Deutschland fällt in das Jahr 1905 und fand ihre Wiege in den Augsburger Maschinenfabriken. Daraufhin hat der Reichsverband die Organisation übernommen und ein gewisses System hineingebracht. Auf dem Hamburger Kongress 1907 wurden 7000, 1911 130 000 „Gelbe“ in Deutschland gezählt. Dieser Erfolg ist nicht dem freien Willen der Arbeiter zu danken, sondern nur dem Terrorismus der Kapitalisten, die den neu einzustellenden Arbeitern einen Nevers vorlegen, worauf sie ihren Beitritt zum gelben Bund erklären oder auf Arbeit verzichten müssen. Die Not treibt Tausende zur Unterschrift. Auch die N. A. G. sucht unsere Kollegen zum gelben Bund zu pressen. Redner warnt, solche Nevers zu unterschreiben. Sehen die Firmen schließlich ein, daß alle Arbeiter sich weigern, den Verbänden beizutreten, dann werden sie auch ihre Verbotszettel lassen. Eine Sperre über die N. A. G. kann uns nicht zum Ziele führen. Alle Kollegen müssen erklären, sie sind frei organisiert. Wenn sie sich bereit auf die Arbeitsstelle verzichten müssen, wird diese Gesellschaft, will sie ihren Betrieb aufrechterhalten, sich genötigt fühlen, Freiorganisations einzustellen. Hier müssen alle Kollegen mitwirken, denn nur so lassen sich menschenwürdige Arbeitsverhältnisse erreichen und erhalten.

Die Distinktion gestaltete sich sehr lebhaft und geisteten alle Redner das Pressen zum gelben Bund, welcher nur ein Mittel ist, die Arbeiter niederzuhalten. Insbesondere wurden die Verhältnisse in der N. A. G. beleuchtet und die Kollegen gewarnt, dort in Arbeit zu treten, wenn von ihnen verlangt wird, gelb zu werden. Die Meister begnügen sich aber nicht mit der bloßen Mitgliedschaft zum Unterhaltungsverein, soweit sie Soldat waren, sind sie

Mitglieder, agieren unter den Arbeitern hierfür und veranlassen sie, ihre Rechte und sonstige Veranlassungen zu bejahren. Damit glauben die Herren „Vorgelegten“ am ehesten dem Mandat der Veresverwaltung zu entsprechen, wonach die am Staate liegenden Automobilfabriken angeben sollen, wieviel national gesinnte Arbeiter sie beschäftigen. Wieviel die Dinge in der N. A. G. schon gediehen sind, wird am besten durch einen Fall der letzten Zeit illustriert. Zwei aus der Provinz zugewandte Arbeiter suchten in der N. A. G. um Beschäftigung nach, hatten Glück, wurden eingestellt und ohne durchzutreten unterrichtet, sie die Vertrittserklärung zum Unterhaltungsverein. In der Werkstatt erlitten sie, daß sie gelb geworden sein sollen, weswegen sie sofort im Bureau die Austrittserklärung aus dem gelben Verein abgaben. Diermit wurde haltgegeben, aber gleichzeitig wurden sie wegen Arbeitsmangel entlassen, obwohl im Unterhaltungsverein sofort Erlass verlangt wurde. Wenn diese Art von Mitgliederwerbung für die „Gelben“ nicht immer so erklamt zutage tritt, so zeigt der Fall doch, wohin es führt, wenn die Kollegen sich fügen, anstatt denartige Anwerbungen der Meister energisch zurückzuweisen. Zum Vorsitzenden der Tarifkommission wurde Kollege Otto, zum Beisitzer Kollege Fritzel gewählt.

**Berlin.** (E. 9. 8.) Donnerstag, den 1. August, fand im Graphischen Vereinshaus die Versammlung der Eisenmöbel- und Lederstuhlbranche mit der Tagesordnung: Der Verbands- tag der Tapezierer und die Matratzenarbeiter im Sattlerverband. Dierzu war Kollege Schmidt vom Tapeziererverband erschienen. Der Vorsitzende legte Vernehmung gegen die Neukernungen des Kollegen Schmidt auf dem Verbandsstag der Tapezierer ein, daß wir billiger arbeiten als wie es der Tapezierertarif vorschreibt und wir somit Konkurrenten der Tapezierer wären. Der Vorsitzende verglich den Tarif der Tapezierer mit dem unfrigen, den wir als Spezialarbeiter im September 1911 abgeschlossen haben und stellte fest, daß der Tarif der Eisenmöbelbranche weitgehender ausgeartet ist, als wie der der Tapezierer. Am letzten genannten Tarif werden nur zwei Größen der Matratzen angeführt. Beim Sattlertarif dagegen ist für jede Größe ein besonderer Lohn festgelegt. Die sonstigen Löhne auf Lederstühle stehen bei den Tapezierern sehr niedrig und sind nicht mit dem von uns in der Lederstuhlbranche abgeschlossenen Tarif in Einklang zu bringen.

Nach diesen Ausführungen nahm Kollege Schmidt das Wort und meinte, daß er die Neukernung auf dem Verbandsstag mit Recht gemacht habe, um ein Gegenseitigkeitsverhältnis der Matratzenbranche zu schaffen, ging aber auf die Sache selbst nicht ein. In der darauf folgenden Diskussion rügten die Kollegen die leichtfertigen Behauptungen des Kollegen Schmidt auf dem Verbandsstage und wiesen nach, daß die Löhne in den Spezialwerkstätten, die dem Tapeziererverband angeschlossen sind, noch nicht anfernt Tarif gleichkommen. Zudem ist es auch nicht schön, auf diese Art und Weise einen Zusammenschluß der Matratzenarbeiter zustande bringen zu wollen. Daß der Tapezierertarif für Spezialarbeiter annehmbar ist, sehen die Tapezierer jetzt selbst ein und suchen auf diese Art für ihren Fehler, den sie bei der Tarifanstellung gemacht haben, uns dafür verantwortlich zu machen. Dann wurde noch angeregt, daß die auf Aufsehermatratzen beschäftigten Tapezierer mit den im Sattlerverband organisierten Matratzenarbeitern gemeinsam die Verjammungen besuchen müssen, um auf diesem Wege einen Tarif für die Eisenmöbelbranche ausarbeiten zu können. Die Vorstände beider Organisationen haben sich in nächster Zeit mit dieser Frage zu beschäftigen.

**Witten.** (E. 10. 8.) Eine Mitgliederversammlung tagte am 5. August im „Restaurant Vorwärts“, Gauleiter Busch gab Bericht von der Generalversammlung in Witten. Mit den Beschließen waren die Kollegen einverstanden. Ueber die Behandlung der Kollegen bei der Firma Knappe, Automobilfabrik, wurde lebhaft Klage geführt. So sind Kollegen mit einer Mark Strafe bedacht, wo sie nicht das Geringste begangen hatten. Besonders der Vorarbeiter Küstermann, früher Vorsitzender unserer Filiale in Marktand, ist eifrig bestraft, das Gute seiner Vergangenheit wieder auszulöschen, indem er dazu beiträgt, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verfinstert werden. Ein Antrag, Küstermann aus dem Verbands auszuscheiden, wurde einstimmig angenommen. Auch wurde beschlossen, bei der Direktion Beschwerde zu führen wegen der ungerechten Behandlung, welche die Vorgesetzten den Gesellen zuteil werden lassen. Ein Kollege ließ sich aufnehmen.

**Jena.** (E. 10. 8.) Am 3. August fand unsere Mitgliederversammlung statt, in der Gauleiter Kollege Busch-Weißbach Bericht von der Wittenener Generalversammlung erstattete. Dierauf setzte eine

lebhafteste Diskussion ein. Daß die Generalversammlung in Sachen der Krankenunterstützung dem Ausschuss recht gegeben hat, konnte die Zustimmung aller Kollegen nicht finden. Nachdem uns Kollege Buch noch verschiedene Forderungen aus den Verhandlungen, die im Protokoll nicht enthalten sind, mitgeteilt hatte, fand folgende vom Vorsitzenden eingebrachte Resolution einstimmige Annahme:

„Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Jena des Deutschen Sattler- und Portefeullerverbandes erklären sich mit den gefassten Beschlüssen der Münchener Generalversammlung einverstanden. Wir bedauern nur, daß die Generalversammlung den Beschluß gefasst hat, den Zentralvorstand zu veranlassen, der nächsten Generalversammlung eine Vorlage für Staffelleistungen zu unterbreiten.“

Nachdem dann noch der Kartellbericht entgegengenommen war und über Hilfsbeiträge diskutiert wurde, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**München.** (E. 10. 8.) Samstag, den 3. August, erlebte unsere Filiale eine außerordentliche Generalversammlung. Grund dazu: Die Majorität der alten Verwaltung konnte infolge innerer Differenzen ihr Amt nicht mehr weiter führen, da eine Mitglieder-Versammlung sich auch noch auf Seiten der Minorität der Ortsverwaltung stellte. Es handelte sich um die Wiederannahme eines früheren Kollegen, welchem Denunziation zur Last gelegt war; unser Vorstand wurde in einen Prozeß verwickelt, welcher zwar gewonnen, aber uns einen hübschen Buben Geld kostete. Alles hatten wir dem Kollegen zu verdanken; seinem Ausschluß entging er seinerzeit durch freiwilligen Austritt. Jetzt nach 1½ Jahren will er wieder beitreten; eine Minorität widersetzte sich jedoch der Aufnahme, ebenfalls eine Mitglieder-Versammlung. Die Mehrheit der Ortsverwaltung hält die Aufnahme für faktisch notwendig, da der Fall noch öfter eintreten wird; in künftigen Lohnkämpfen müssen wir einig dastehen und Außenfeinde soviel wie möglich vermeiden. Bei dem jetzigen Kurs hält die gegangene Verwaltung Erfolge nicht mehr für möglich; sie erklärte ihre Demission und wir mußten zur Neubauung schreiten. Es fanden sich Kollegen, welche bereit sind, in Zukunft unsere Geschäfte zu leiten. Wollen wir hoffen, daß es der neuen Ortsverwaltung beschiden ist, in dem Maße zu wirken und Erfolge zu verzeichnen wie der alten. Ungemein viel Gutes hat dieselbe geleistet; mit einem seltenen Geschick und Glück gelangt, daß jeder Münchener Kollege mit Ausschaltung aller Persönlichen nur mit Hochachtung und Dank der Alten gedenken kann. Nun, Künftige sind ja die Neugewählten auch nicht; man möchte bemerken sagen, zum größten Teil im Dienste unserer Sache ergraut. Wir Münchener Kollegen denken mit aller Anerkennung an die Geschiedenen, sind aber der festen Überzeugung, daß die neugewählten Ausschussmitglieder gleich den alten jederzeit ihre Pflicht tun werden und jederzeit zum Besten unserer Verbandsgenossen alles dransetzen werden.

**München.** (E. 10. 8.) Die am 5. August stattgefundene, überaus zahlreich besuchte Versammlung nahm Stellung zur Ablehnung unseres Antrages durch den Zentralvorstand, betreffend Gewährung eines Zuschusses zur Aufnahme des Koll. Böhner als Geschäftsführer für Nürnberg und den Gau. Koll. Weher schilderte eingehend die Verhandlungen mit dem Zentralvorstand. Der Antrag wurde gestellt, weil Koll. Böhner infolge seiner jahrzehntelangen Tätigkeit für den Verband keine Arbeit mehr erhalten kann. Aus verschiedenen Vorankunften bei der Arbeitsfunde sowohl als bei der Bewegung in der Reiseartikelindustrie, mußten wir die Überzeugung gewinnen, daß es die Unternehmer auf eine Kallsehung des Koll. Böhner abgesehen haben. Wir sind nun der Meinung, daß der Verband für einen Kollegen, der jahrzehntelang auf vorgezeichnetem Posten eine aufopferungsvolle Tätigkeit entfaltet hat, mehr übrig haben muß, als schöne Worte. Der Verlust des Koll. Böhner müßte den Verband aber auch schwer schädigen, da kein Kollege in Nürnberg vorhanden ist, dem die Möglichkeit gegeben ist, in solch intensiver Weise für Nürnberg und den Gau zu arbeiten wie Böhner; weil kein Kollege über die hierzu nötige Zeit verfügt. In dem Antrag wurde auch nachgewiesen, daß eine Anstellung sich auch finanziell rentieren würde, da noch viel im Gau zu holen ist und auch die Fluktuation wesentlich eingeschränkt werden könnte. Außerdem ist die Arbeitslast so enorm gestiegen, daß eine Anstellung ein Bedürfnis ist, sofern die Interessen der Nürnberger Kollegen und damit der Gesamtorganisation nicht darunter leiden. Der erstmalig gestellte Antrag wurde zweimal vom Zentralvorstand abgelehnt. Man hat zwar ein bedauerndes Wohlwollen für Böhner, aber helfen kann — muß helfen will — man nicht.

Die Diskussion war eine äußerst lebhafteste und wurde der Zentralvorstand scharf angegriffen. Die Nürnberger Kollegen sind der Meinung, daß die Bei-

träge auch für ihre Interessen, nicht nur für die der Kollegen in den großen Filialen begünstigt werden. Sie sind der Meinung, daß der Antrag nichts Unbilliges verlangt. Andererseits war man in ähnlichen Fällen ja auch bereit, zu helfen, und ließ es sich bisweilen hübsches Geld kosten. Man scheint offenbar Nürnberg im Zentralvorstand als Versuchstier für alle jene Dinge zu betrachten, die man anderen Filialen nicht zufügen will. So kann es nicht weitergehen; wir verlangen auch Berücksichtigung unserer Wünsche. Ganz besonders verbiten wir uns den höhnischen Ton, den Kollege Weinschild in seiner zweiten Antwort anschlug. Wenn wir einen Beamten aus eigenen Mitteln erhalten können, so brauchen wir die Genehmigung des Zentralvorstandes nicht. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die außerordentliche Versammlung der Nürnberger Kollegen protestiert entschieden gegen den Ton, in dem der Vertreter des Zentralvorstandes mit uns zu verfahren beliebt, gegen die beharrliche Verweigerung unserer gerechtfertigten Wünsche und Anträge, wie sie in letzter Zeit zutage trat. Wir fordern kein bedauerndes Wohlwollen, wohl aber ein unjeneren Verhältnissen entsprechendes Entgegenkommen des Zentralvorstandes.“

Gegen die Entscheidungen des Zentralvorstandes wird Beschwerde beim Ausschuss erhoben.

Der übrige Teil der Versammlung war mit örtlichen Angelegenheiten ausgefüllt.

**Nachschrift der Redaktion.** Wir sind es nachgerade gewöhnt, daß Mitglieder unseres Verbandes, vielfach auch Ortsverwaltungen, wegen Ablehnung eines von ihnen an den Zentralvorstand gerichteten Antrages, sich an einzelne Personen reiben, und diese allein für die Ablehnung verantwortlich machen. Geschützt durch eine Reichsanzugschutz werden unberechtigte Vorwürfe von uns nicht tragisch genommen. Wenn aber, wie im vorliegenden Falle, in einer gutbesuchten Versammlung von dem „höhnischen Ton, den Kollege Weinschild in seiner zweiten Antwort anschlug“ gesprochen und sogar in einer Resolution dagegen Stellung genommen wird, fühlen wir uns, um jeder Legendenbildung vorzubeugen, doch veranlaßt, die beiden, an die Nürnberger Ortsverwaltung gerichteten Antwortschreiben im Wortlaut zu veröffentlichen. Die Kollegen im Lande mögen sich Mühe geben und versuchen, den höhnischen Ton darin zu endigen.

**Nun zur Sache selbst.** Die Nürnberger Ortsverwaltung beantragte beim Zentralvorstand die Anstellung des Kollegen Böhner als besoldeten Ganztags- und Ortsbeamten für Nürnberg. Begründet wurde der Antrag u. a. auch mit der Arbeitslosigkeit des Kollegen Böhner. Zentralvorstand und Ausschuss kamen nach eingehender Prüfung zur einstimmigen Ablehnung und beauftragten den Kollegen Weinschild folgenden Brief zu schreiben:

„Berlin, den 12. Juli 1912.  
An die Ortsverwaltung Nürnberg.“

Zentralvorstand und Ausschuss haben auf Grund der Münchener Beschlüsse keine Handhabe, für Nürnberg einen Ortsbeamten zu bewilligen, da zurzeit keine Gewähr dafür geboten ist, daß die Einnahmen mit den Ausgaben nur einigermaßen in Einklang zu bringen sind. Beide leitende Körperschaften erkennen durchaus die Tätigkeit des Kollegen Böhner an, aber seine Arbeitslosigkeit, die auch wir auf das lebhafteste bedauern, darf nicht Veranlassung sein, die Münchener Beschlüsse zu ignorieren.

Mit toll. Gruß

Die Nürnberger Kollegen bzw. Verwaltung wollten aber auf jeden Fall die Anstellung des Koll. Böhner erreichen, weshalb sie ihn jetzt als Ortsbeamten anstellen und aus der Zentralkasse einen Zuschuß haben wollten. Am 1. August nahmen beide leitende Körperschaften zu dem erneuten Antrag Stellung und lehnten ihn wiederum einstimmig ab. Den Wortlaut des Bescheides haben Zentralvorstand und Ausschuss einmütig festgelegt.

„Berlin, den 2. August 1912.“

An die Ortsverwaltung Nürnberg.  
Der Zentralvorstand und Ausschuss haben in ihrer gestrigen Sitzung am 1. August nochmals den von dem Kollegen Neubauer gestellten Antrag auf von seinem finanziellen Standpunkt aus geprüft und sind zu dem einmütigen Beschluß gekommen, denselben abzulehnen, solange nicht die Gewähr geboten ist, daß die Verwaltungsstelle Nürnberg den Beamten aus dem Ort vorübergehenden Beiträgen bezahlen kann. Würden wir schon jetzt Eurem Antrage zustimmen, so wäre die Folge, daß Leipzig, Dresden und andere Verwaltungsstellen, die mehr Mitglieder als Nürnberg haben, gleiche Anträge stellen würden, wodurch die Verbandskasse allzusehr in Anspruch genommen würde. Es geht nicht an, den Willen der Münchener Generalversammlung, der uns äußerste Sparmaßnahme in allen Verwaltungskosten auferlegt hat, durch Annahme Eures Antrages zu durchbrechen. Wir sind überzeugt, daß diese Stellungnahme des Zentralvorstandes und Ausschusses einen Anreiz bieten wird,

so schnell wie möglich den Mitgliederbestand in Nürnberg zu erhöhen, daß aus dem am Orte verbleibenden Beitragsanteil die Kosten eines Verwaltungsbeamten gedeckt werden können. Sobald dieses der Fall ist, werden Vorstand und Ausschuss auf Eure Anregung hin nochmals zu der Sache Stellung nehmen.

Mit toll. Gruß

**Bonn a. Rh.** (E. 12. 8.) In der Versammlung am 3. August referierte Kollege Schneider-Möln über das Thema: „Wer schützt die Interessen der Sattler und Portefeuller?“ Der Vertreter der Sattlerfraktion empfahl den Beitritt zu dieser Klasse. In einer der nächsten Versammlungen, zu der wiederum auch die Unorganisierten geladen und höfentlich erschieden werden, wird Kollege Schneider über Volksbildungswesen und über Konsumgenossenschaften referieren.

**Aus anderen Organisationen.**

**Auf eine vierzigjährige Lederarbeiterarbeit** kann der Lederarbeiterverband in diesen Tagen zurückblicken.

Im Laufe dieses Monats sind es vierzig Jahre, seit durch einen Kontrakt der Weißgerberzunft in Berlin der Grund für den heutigen Lederarbeiterverband gelegt worden ist. Bis dahin hatten die Weißgerber teils noch ihre alten Zunftbrüderschaften, teils beizugehörten — hauptsächlich im Norden Deutschlands — bereits lokale Kassenvereine. Ein unglücklich verlauterter Streik der Berliner Weißgerber gab im Jahre 1872 Anlaß zur Einberufung des erwähnten Kongresses, der mit der Gründung eines „norddeutschen Weißgerberverbandes“ endete. Mehrere Jahre währte es, bis die süddeutschen Weißgerber zu dieser Form der Organisation Vertrauen gewonnen.

Die Vereinigung zwischen Süd- und Norddeutschland erfolgte vollständig und für immer erst im Jahre 1887. Vom Jahre 1878 an gab der Bund ein eigenes Organ heraus, nachdem er zwei Jahre vorher den Titel „Allgemeiner Weißgerberverband“ angenommen hatte, dessen Sitz von Berlin nach Altenburg verlegt wurde.

Die Weiterentwicklung des Verbandes zu einer auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes und des Unterstüchtungswesens leistungsfähigen Organisation vollzog sich in der Zeit des Sozialisteneinfalles nur langsam. Mit dem Fall des Sozialisteneinfalles zog auch in diese Organisation frisches Leben ein.

Im Jahre 1892 zählte der Verband bereits in 50 Filialen nahezu 1000 Mitglieder, ein Jahr später wurde der Hebertritt der Lederarbeiter perfekt und gleichzeitig traten einige Lokalvereine der Lederarbeiter zum Verband über, der nun den Namen „Lederarbeiterverband“ führte und 1894 seinen Sitz in Berlin nahm.

Im weiteren Verlauf der Jahre wurde das Unterstüchtungswesen weiter ausgebaut, die künstlerischen Anstrengungen traten mehr und mehr zutage, es fanden alle in der Lederindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Aufnahme in den Verband. Ein weiterer für die Entwicklung des Verbandes sehr bedeutsamer Schritt ist die im Juli 1909 erfolgte Angliederung des Handschuhmacherverbandes. Dadurch erhöhte sich die Mitgliederzahl gleich um zirka 3000 und damit auch die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes.

Mit kleinen Monatsbeiträgen ausfänglich, schulle die Opferwilligkeit der Berufsgruppen so, daß gegenwärtig Beiträge von 25 Pf., 45 Pf., 60 Pf. und 75 Pf. ohne die lokalen Zuschläge erhoben werden können. Entsprechend der Opferwilligkeit seiner Mitglieder ist auch die Leistungsfähigkeit des Verbandes gestiegen. Aus einer Aufstellung der „Lederarbeiter-Zeitung“, die aus Anlaß des Verbandshilfsausbaus als Zeitschrift erscheint, entnehmen wir, daß der Verband in den Jahren von 1877 bis Ende 1911 allein rund zwei Millionen Mark für Unterstüchtungszwecke ausgegeben hat, wovon auf die Unterstüchtung für Streikende und Gemahregelte rund 850 000 Mk. entfallen.

In vierzig Jahren gewerkschaftlicher Tätigkeit hat der Verband uermüdet an der Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie an der Auffklärung der Berufsangehörigen gearbeitet. Daß er in diesem Sinne weiterarbeiten wird, ist gewiß.

Die im Transportarbeiterverband organisierten Strakenbühner Stettins haben die im vorigen Monat eingeleitete Lohnbewegung erfolgreich durchgeführt. — Die Vötker Magdeburgs haben auf Verhandlungswege zwischen Annahme und Verband einen dreijährigen Tarifvertrag vereinbart, der eine wöchentliche Lohnerhöhung von 3 Mk. und für jedes Jahr eine Arbeitszeitverlängerung von einer halben Stunde vorsieht. — Die Brauereiarbeiter in Bonn schlossen mit den beiden Großbrauereien an Orte einen Tarif ab, der den Arbeitern eine wöchentliche Lohnerhöhung von 2,50 bis 8 Mk. und Vergütung der Hebertunden bringt.



Genossenschaftliches.

Anruf an die Gewerkschaftsmittelglieder in Hamburg, Altona und Umgegend.

Werde Genossen!

Mit dem Wachstum der Konsumgenossenschaften treten immer neue Aufgaben an diese Wirtschaftsorganisation heran...

Ein anschauliches Beispiel von der Vielseitigkeit eines modernen Konsumvereins bietet der Konsum-, Bau- und Sparverein "Produktion" e. V. m. b. H. in Hamburg.

Als nächster Schritt ist jetzt die Einführung der Feuer- und Lebensversicherung geplant. Bereits vor drei Jahren wurde auf dem Genossenschaftstag in Eisenach die genossenschaftliche Feuerversicherung der Konsumvereinsmitglieder beschlossen.

Die meisten Gewerkschaftsmittelglieder sind ja bereits gegen Feuer bei den verschiedensten Gesellschaften versichert. Die Versicherung durch Vermittlung der "Produktion" inbesseren bietet bedeutende Vergünstigungen, so daß es im eigenen Interesse einer jeden Familie liegt, den Beitritt durch die Genossenschaftsfunktionäre zu vollziehen.

Bei einem Vergleich mit Ihrer jetzigen Versicherung werden wir Ihnen nachweisen können, daß unsere Bedingungen durchweg günstigere sind.

Wenn wir noch versichern können, daß neben günstigen Bedingungen auch etwaige Schadenersatzleistungen in der kulantesten Weise erfolgen werden, so dürfen wir wohl auf das bestimmteste hoffen, daß die Gewerkschaftsmittelglieder den Genossenschaftsfunktionären ein größtmöglichstes Entgegenkommen zeigen und ihnen ihre Aufgaben nach Möglichkeit erleichtern.

Die Tätigkeit für die von Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsam errichtete Volksversicherungs-Aktiengesellschaft wird erst Anfang nächsten Jahres erfolgen. Wir möchten aber jetzt schon die dringende Bitte an sämtliche Gewerkschaftsmittelglieder richten, keine neue Volks- und Lebensversicherung abzuschließen, sondern bis zum Inkrafttreten der "Volksfürsorge" hiermit zu warten.

Mit genossenschaftlichem Gruß! Sekretariat des Konsum-, Bau- und Sparvereins "Produktion", eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Postfach 40.

Lieber im Sturme stehen. Als Erd und Luraz küssen. Lieber in Leid vergehen. Als betteln und schmeicheln müssen.

Rundschau.

Verhängung des Postlots über die Firma Herr Trüller in Gelle. Auf unsere Notiz, bezüglich der Postlotverhängung über Herrn Trüller, Zweibad, Kästel- und Malesfabrikant in Gelle, äußerte sich der Unternehmer bemängelt, der Postweise eine nichtssagende Berichtigung auf Grund des Freigeleges zugehen zu lassen.

Zu der Berichtigung heißt es weiter, der Unternehmerverband, dessen Vorsitzender Trüller ist, sei keine Arbeitgeberorganisation, sondern ein rein wirtschaftlicher Verein. Selbst wenn das zutrifft, daß dort keine Arbeitgeber- und Arbeiterfragen erörtert werden, so wird nur bestätigt, daß Herr Trüller recht gut den Wert des wirtschaftlichen Zusammenschlusses zu schätzen weiß.

Zum Schluß befreit Trüller, daß Arbeiterinnen pro Woche mit 8 M. eingestellt werden. Recht vorsichtig umgeht er die Stelle, daß den Arbeiterinnen von ihrem Verdienst Abzüge für die Arbeitsleistung gemacht werden. Ausgegeben wird aber, daß die Schürzen zum Selbstkostenpreis von der Firma verkauft werden.

Die Trüllerische Berichtigung steht also in allen Punkten auf sehr schwachen Füßen. Wenn die Firma behauptet, abzutreten, daß sie den Arbeiterinnen beim Eintritt schlechte Löhne bezahle, so verweisen wir auf ein in unseren Händen befindliches Schreiben der Firma, wonach 22jährigen Mädchen ein Stundenlohn von 16 Pf. angeboten wurde. Wie bei einer solchen Entlohnung junge Mädchen, die nicht bei ihren Eltern wohnen und essen können, auskommen, dieses Kästel zu lösen, überlassen wir Herr Trüller selbst.

Die Postlotkommission.

Der Arbeiter-Radsfahrerbund "Solidarität" gibt soeben seinen gedruckten Geschäftsbericht heraus, der zum ersten Male sich auf zwei Jahre erstreckt. Der Bund kam im Verlaufe der zwei Jahre auf einen schönen Aufschwung zurück, trotzdem sogar aus den eigenen Reihen Bekämpfer des Bundes hervor gingen. So sagt der Bericht, daß die beiden Chemnitzer Delegierten es auf Grund ihrer Berichterstattung über den Bundestag erreichten, daß im 4. Bezirk im Gau 14 Chemnitz und Umgegend ein Teil Vereine dem Bund unterworfen wurde.

"Scharifinn", gegen den sich jegliche Polemik erübrigt. Am Großbezugsraum dessen weicht derselbe Wind. Denn in Offenbach sind die Bundesvorsitzendenmitglieder Fischer und Zimmermann verurteilt worden wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz (Tötung von Minderjährigen) und die Darmstädter Strafkammer als Berufungsinstanz trat diesem Urteil bei.

Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten beiden Jahren von 111 487 auf 138 928 erhöht. Die Unfallunterstützung, die noch im Jahre 1909 42 820,55 Mark betrug, erhöhte sich im folgenden Jahre auf 76 658,82 M. und im Jahre 1911 auf 86 229,40 M.

Die Abrechnung für 1911 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 894 527,02 M. ab. Die Beiträge betragen 316 518,01 M. Die Zeitung erforderte 85 006,10 M. Rückzug; die Gehälter betragen 27 214,18 M.

Das Jahreshaus "Arbeitsrat", dessen Geschäftsjahr 1911 zum erstenmal in Bundesregie liegt, bezeichnet einen geradezu erschütternden Aufschwung, trotz der Bekämpfung durch die im Bunde deutscher Fahrradanhänger vereinigte Händler.

Der Arbeiter-Radsfahrerbund "Solidarität" mit seinen vorzüglichen Unterstützungs- und sonstigen Einrichtungen ist ein Beweis dafür, was die Arbeiterschaft leisten kann, wenn sie einig ist und zusammensteht.

Die Polizei in der Versammlung. Zu der vielunstrittenen Frage, ob die Polizeibehörden berechtigt sind, Beauftragte in jede öffentliche Versammlung zu entsenden, auch wenn diese nicht angezei- oder anfechtungspflichtig ist oder sich nicht mit politischen Angelegenheiten beschäftigt, hat das sächsische Oberverwaltungsgericht neuerlich eine allgemein interessierende Entscheidung gefällt.

Die Frage, ob nach § 13 des Reichsvereinsgesetzes der Polizeibehörde das Recht auf Entsendung eines Beauftragten in alle öffentlichen Versammlungen, die unter dieses Gesetz fallen, oder nur in gewisse Klassen davon ausstehe, sei zwar in der Rechtsprechung und Literatur streitig. Aber die weit überwiegende Ansicht der Rechtsprechung sei diejenige, die das Oberverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 1. April 1909 zuerst ausgesprochen habe.

Die Frage, ob nach § 13 des Reichsvereinsgesetzes der Polizeibehörde das Recht auf Entsendung eines Beauftragten in alle öffentlichen Versammlungen, die unter dieses Gesetz fallen, oder nur in gewisse Klassen davon ausstehe, sei zwar in der Rechtsprechung und Literatur streitig. Aber die weit überwiegende Ansicht der Rechtsprechung sei diejenige, die das Oberverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 1. April 1909 zuerst ausgesprochen habe.

was zuzuprechen. Auch die Frage, ob die Versammlung eine öffentliche gewesen sei, mußte bejaht werden, denn öffentlich sei im Sinne des Reichsvereinsgesetzes eine Versammlung nicht bloß dann, wenn jedermann zu ihr Zutritt habe, sondern auch dann, wenn die Zutrittsberechtigten wie z. B. die Arbeiter einer Fabrik über einen Preisverhandlung hinausgehen, der durch ein inneres Band wechselseitiger Beziehungen in sich geschlossen und bestimmt abgegrenzt ist. Schon die Einladung spreche von einer großen öffentlichen Versammlung, so daß auf die Frage, ob eine Fortkontrolle stattgefunden habe oder nicht, nicht eingegangen zu werden braucht. Mehr als die Anhörung einer öffentlichen Versammlung konnte als Grundlage für die polizeiliche Anordnung der Versammlung von Beamten nicht gefordert werden.

**Die katholischen Arbeitervereine „Die Berlin“,** die bekanntlich die Arbeiterorganisationen nach dem Diktum der Mächte in Preußen darstellten und deren Fachabteilungen die Gewerkschaften ersetzen sollen, werden in der Nummer 16 des „Zentralblatts der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ einer verächtlichen Kritik unterzogen: Trotz andauernden Wachens der dem Verband mit dem Sibe in Berlin angehörenden Einzelvereine ist die Mitgliederzahl seit drei Jahren auf etwa 128 000 stehen geblieben, die Einnahmen und Ausgaben dagegen haben sich erheblich vermindert. Der Verband hat sich abgemindert gesehen, bei den Fachabteilungen eine Erschwerung des Regens der Unterstützungen eintraten zu lassen, wodurch die Unterstützungen von 325 000 im Jahre 1910 auf 254 000 im Jahre 1911 zurückgegangen sind. Der Artikel, der von dem Berliner Vorsteher des christlichen Gewerkschaftsverbandes, J. P. d. e. r., verfaßt ist, behauptet, daß der Berliner Verband ohne seine Sterbefällen nicht zusammengehalten sein würde, da sehr viele Vereine die Mitgliedschaft nur deshalb nicht aufgaben, weil damit zugleich die Anwartschaft auf die Sterbeunterstützung verloren ginge. Sie würden aber bald erkennen müssen, daß diese Sterbefällen gar nicht mehr existenzfähig seien: Die Einnahmen wiesen seit 1909 eine rückläufige Bewegung auf, während die Ausgaben andauernd stiegen. Die Frauenunterstützungen seien tatsächlich bereits vor dem Bankrott. Weiter behauptet der Artikel, daß von den über 100 000 Arbeitervereinsmitgliedern der Gattung „Die Berlin“ kaum 10 000 den Fachabteilungen angeschlossen seien. Die Einnahmen der Fachabteilungen seien von 226 000 auf 154 000 von 1910 auf 1911 gefallen, die Ausgaben von 227 000 auf 127 000 Mk. Das letztere sei ein Glück für die Gesamtvereinsorganisation in 1911 gewesen, da sonst schon in diesem Jahre die öffentliche Kritik nicht mehr hätte verschont werden können. Wenn schließlich der Artikel die Mitglieder- und Vermögenszahlen der katholischen Fachabteilungen die Zahlen der christlichen Gewerkschaften gegenüberstellt, so zielt die Konsequenz, daß man wiederum den Zahlen der christlichen Organisations- und Millionenzahl und Millionenfinanzen der freien Gewerkschaften entgegenstellt, woraus sich dann gegenüber den freien Gewerkschaften die gleiche Bedeutungslosigkeit der christlichen Verbände ergibt, die das christliche Zentralblatt den katholischen Fachabteilungen nachweist.

**Schaunmachung des Zentralvorstandes. Lokalbeiträge.**

Wiederholt haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß bis zum 1. September die Ortsverwaltungen Stellung zu dem Lokalzuschlag nehmen sollen, der ab 1. Oktober zur Erhebung kommt. Auffälligerweise haben nur wenige Verwaltungen Anträge gestellt. Um jeden Zertum zu vermeiden, sei nochmals darauf verwiesen, daß alle Ortsgruppen, welche Lokalzuschläge erheben, dazu Stellung nehmen müssen, damit in der Hauptverwaltung der Eindruck der Marken erfolgen kann. Im Monat September soll die Beitragsleistung der männlichen und weiblichen Mitglieder aller Verwaltungen veröffentlicht werden.

Am 18. Mai sandten wir einer Reihe Ortsverwaltungen und Gauleitungen Erlaubnisbogen über stattgefunden Lohnbewegungen zu. Leider haben viele Ortsgruppen bis heute noch nicht die Formulare eingekandt. Wir bitten um eingehende Zustellung, sonst sehen wir uns genötigt, die Säumnisse öffentlich bekanntzugeben.

Als Vertreter der Tariffkommission der Freidriemenfotter und der der Wagenfotter wurden die Kollegen S. Spiegel und H. Otto als Beisitzer zum Zentralvorstand gewählt.

**Der Vorstand.**

**Einfachungen der Verwaltungskosten im Monat Juli 1912.**

Maden	187,50	Geißbroun	70,70
Altenburg	50,--	Deutenhamm	55,145
Apolda	54,50	Gildesheim	41,50
Kappsburg	50,--	Genä	204,40
Naureuth	80,--	Jügesheim	122,90
Naugen	246,35	Kaiferslamern	135,--
Berlin	1490,89	Martstube	100,--
Wiesefeld	500,--	Mödel	250,--
Podium	37,20	Muel	239,90
Bonn	75,--	Mein-Auheim	90,30
Vandenburg	292,--	Mein-Ziemheim	108,80
Braunheweg	342,70	Ramtau	171,30
Bremherweg	140,--	Sammeripiel	49,40
Bremen	250,--	Seipzig	755,11
Breslau	300,--	Wiegitz	85,--
Brieg	32,90	Mannheim	230,--
Bürgel	222,--	Meckant	22,20
Chemnitz	230,--	Werra	62,50
Colmar	55,40	Mühlhausen	200,--
Cöthen	31,40	Mühlheim a. M.	489,80
Deffau	10,--	Mühlheim a. N.	96,37
Dortmund	100,--	Mühlrofe	28,60
Dresden	513,90	München	440,27
Duisburg	51,30	Neu-Nienburg	74,70
Düffelhof	82,50	Niederstetema	67,70
Eisenach	122,10	Obersthausen	470,99
Eisleben	75,--	Offenbach	2095,88
Elsfeld	200,--	Ordnis	65,20
Enthelm	88,60	Verstom	69,87
Erdmannsdorf	39,20	Mathenow	39,30
Erfurt	13,41	Kemscheid	34,30
Erlangen	300,--	Kloßhof	100,--
Erfen	130,--	Kreuzlingen	100,--
Eßlingen	24,80	Mumpenheim	198,80
Fischerwalde	9,40	Sollingen	88,60
Frankfurt	1000,--	Strahburg	130,--
Fressberg	234,60	Stuttgart	696,23
Gelsenkirchen	40,--	Heiterien	93,42
Gera (S. Gotha)	200,50	Ulm	280,--
Görlitz	3,--	Varel	100,--
Grünberg	19,--	Verden	139,--
Hagen	20,--	Weistücken	134,90
Halle	229,90	Wismar	80,--
Hamburg	250,--	Witzmar	33,60
Hannau	162,80	Zoffen	62,--
	80,--	Zwickau	71,20

Alfred Riedel, Hauptkassierer.

**Briefkasten der Redaktion.**

**S. M., Abg.** Nach dem Bericht des Gauleiters ist die Bewegung beendet, weswegen die Notiz überflüssig erscheint und darum unterbleiben ist.

**H. Sch. in G.** Die Tour mag unangenehme Erinnerungen bei Dir hinterlassen haben; sie uneren Lesern preiszugeben, sind sie doch zu schade.

**M. A. in B.** Beschreibe niemals die beiden Seiten des Papiers. Habe den Bericht ungeschrieben und dabei wesentlich gekürzt. In Zukunft geschieht auch das nicht mehr.

**Bücherchau.**

Die Vorberbestimmung des Wetters für die nächste Zeit oder wenigstens den nächsten Tag spielt nicht nur bei den Vergnügungskomitees eine große Rolle, sondern vor allen Dingen bei der Landwirtschaft, deren Arbeiter sich ganz der Witterung anpassen müssen. Darum ist eine allgemeine Aufklärung über die Meteorologie von allergrößter Bedeutung auch in national-ökonomischer Hinsicht. Durch nichts kann aber diese Aufklärung besser bewirkt werden, als wenn man an den Wettervorgängen vorangegangener kurzer Zeitperioden, die noch in aller Erinnerung sind, zeigt, wodurch Änderungen des Wetters bewirkt werden und welche Zeichen sie vorher andeuten. Das geschieht nun ganz ausgezeichnet regelmäßig in der Zeitschrift „Natur“, dem Organ der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft (Geschäftliche Theod. Thomas, Verlag Leipzig, Königstraße 3), durch die staatliche Wetterdienststelle in Weilburg. Auch das vorliegende Heft 20 dieser Zeitschrift enthält wieder einen solchen mit zwei Wertkarten illustrierten Bericht. Die Zeitschrift verdient darum besonders auf dem Lande allerweiteste Verbreitung, zumal der billige Preis von nur 1,50 Mk. vierteljährlich mit jährlich fünf wertvollen Buchbeilagen jedem die Anschaffung ermöglicht.

**Spezialistische Weltbilder.** Von Professor Dr. G. Feder. Mit 27 Abbildungen. Verlag von Theod. Thomas, Leipzig, Königstr. 3. Preis 1 Mk., gebunden 1,50 Mk.

Obiges Buch erhalten die Mitglieder der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft unentgeltlich als Buchbeigabe. Aber auch sonst verdient diese

Zeitung die allseitigste Verbreitung. Ist es an sich schon immer erwünscht, wenn Männer der Wissenschaft den hohen Maßstab der Gelehrsamkeit verlassen und in einer jeden verständlichen Sprache die Ergebnisse ihrer Forschungen auch denen zugänglich machen, so muß es ganz besonders anerkannt werden, wenn ein Gelehrter von so hervorragenden Qualitäten wie der Wiener Physiker, die wichtigsten physikalischen Erfindungen der letzten Jahre in einem billigen Buche übermüht, dessen anregende und lehrreiche Lektüre geradezu ein Genieß ist. Der Verfasser verbreitet sich unter anderem über Dinge wie Erhaltung der Energie, Atomkraft, atomische Wärme, Thermodynamik, Kathodenstrahlung, Radioaktivität usw. in einer Weise, die auch den Kreise an der Erkenntnis dieser Wunder fündig läßt, denn sie trotz ihrer alles durchdringenden Heiligkeit bis dahin doch noch recht dunkle Begriffe waren. Wir möchten dieses vorzügliche Buch an der Hand jedes Lehrers und Schülers, jedes Arbeiters und Studierenden aller Stände wissen. Es eignet sich wie kaum ein zweites, Kreise an den Fortschritten der physikalischen Wissenschaft zu vermitteln.

**Adressenänderungen.**

Berlin. Obmann der Tariffkommission für die Wagenbranche ist Karl Otto, Berlin, Koenigsr. 6, Hofstr. bei Zander.  
München. B. Wilhelm Eisinger, Würthstr. 51 IV.

**Sterbetafel.**

Offenbach. Am 7. August verstarb der Fälscher Wilhelm Zischler, 68 Jahre alt.  
Offenbach (Hainhausen). Am 9. August verstarb der Portefeuilier Joh. Kiffon, 30 Jahre alt.  
Ehre ihrem Andenken!

**Veranstaltungskalender.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Veranstaltungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluß bei uns einlaufen.)

- Maden. Samstag, den 24. August, abends 9 Uhr, Johanner- und Paulusstr.-Gde.
- Berlin. Große außerordentliche Versammlung für die Fortschrittlichen und Lederwarenbranche am Mittwoch, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhuden“, Kommandantenstr. 57. Neirentzen sind die Herren Weinschilb und Schulze.
- Bonn. Samstag, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, „Deutscher Hof“, Kölnstr. 52.
- Göthen. Sonnabend, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, „Ludwigshalle“, Ludwigstr. 38.
- Essen (Aubr). Samstag, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, Restaurant Schüring.
- Gagen (Weff.). Samstag, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, „Zum Martaner“.
- Halle a. S. Sonnabend, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, „Volkspark“.
- Hannover. Sonnabend, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Köln. Samstag, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“, Severinstr. 199.
- Mühlheim (Aubr). Mittwoch, den 21. August, abends 8 1/2 Uhr, „Hollenberg“, Dickswall 6.
- München. Samstag, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, „Lampgärten“, Jägerstr. 14.
- Mosk. Montag, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr, Reguinenberg 10.
- Sollingen. Sonntag, den 26. August, vormittags 9 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Reit. Sonnabend, den 24. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Kämpfe, Schützenstraße.

**Anzeigen.**

**Süchtige Sattler**

auf bessere Handarbeiten finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei **Wawarner & Budek, Stuttgart.**

**Großer Gewinn**

bringt Lederfabrikanten die Ausbeutung einer geid. **Erfindung** durch Lizenzübernahme. Näheres unter **Chiffre V 1133 Gt.** durch **Saasenstein & Vogler, Zürich.**

**Lederwaren!**

Lederarbeiten, Druckstöcke, Kattun-Wester, Verjähre gegen sofortige Kasse kauft **J. Knopf, Berlin N. 58, Danzigerstraße 24.**